

# Dresdner Volkszeitung

Postfachamt: Dresden  
Nr. 1208, Aden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Vertriebsstellen: Köchliche Staatsbank,  
Dresden, Post & Arbeiter, Kassen-  
stellen u. Kassen, Kassen, Dresden,  
Güterverwalter, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch einen Stellvertreter des Verlegers der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Fortsetzung des Druckes, sondern nur auf Nachlieferung der Zeitung.

Abbestellung mit der nächsten Unterhaltungsbeilage. Sehen Sie die Anzeigenblätter der Dresdner Volkszeitung. Der Preis monatlich 2,40 M., einjährig 24 M., halbjährig 12 M., vierteljährig 6 M., wöchentlich 1,20 M., auswärts Post- und Anzeigengebühren.

Abbestellung: Bettendorfer Str. 20, Dresden. Sonntags nur von 12 bis 1 Uhr. Wochentags nur von 12 bis 1 Uhr. Wochentags nur von 12 bis 1 Uhr. Wochentags nur von 12 bis 1 Uhr.

Anzeigensätze: Die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 24 mm breite Reklamazeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,00 M., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietangebote 20 Pf. netto. Für Briefverträge, 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 284

Dresden, Montag, den 5. Dezember 1932

43. Jahrgang

## Schleicher wünscht Vertagung

### Verhandlungen mit dem Reichstagspräsidenten - Der Kanzler will Geschenke austeilern - Amnestie für Nazis und Aufhebung der Lohnabbaubestimmungen?

D. Berlin, 5. Dezember. (Fig. Funk.)

Der Reichskanzler hat am Sonntag eine längere Verhandlung mit dem nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Göring gehabt. Die Unterredung galt der Vertagung des Reichstages bzw. der Entgegennahme einer Klärungs- und Vertrauensklärung Mitte Dezember ohne Abstimmung über die zu erwartenden Vertrauensvoten oder die Anträge auf Aufhebung verschiedener Notverordnungen der Papen-Regierung. Der Reichskanzler und Göring gingen bereits am Sonntagabend Verhandlungen voraus. Der Sonntag galt der Fortsetzung dieses Gesprächs. Daß die Verhandlungen nicht bereits am Sonntagabend beendet wurden, läßt den Schluss zu, daß die Nationalsozialisten eine Vertagung des Reichstages unter vorläufigem Verzicht auf alle Bestimmungen nicht grundsätzlich ablehnen. Das Reichstagsamt wünscht ebenfalls die Vertagung. Die Deutschradikalen und die Splittergruppen der Mitte sind gleichfalls nicht geneigt, für eine Vertagung zu stimmen. Vorläufig ist es jedoch, welchen Kaufpreis die Schleicher-Regierung für eine vorzeitige Vertagung bieten will.

In unterrichteten Kreisen verläutet, daß Schleicher die Nationalsozialisten durch eine umfassende Amnestie für die Verurteilten zu gewinnen hofft und der Sozialdemokratie insofern Entgegenkommen zeigen will, als er auf die Lohnabbaubestimmungen der Papen-Notverordnung vom 5. September verzichtet und auch eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen anfündigen will, die im wesentlichen den Wünschen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei entgegenkommen. Schleicher denkt aber die Amnestie und ebenso die in Aussicht gestellten sozialpolitischen Maßnahmen nicht von heute auf morgen, sondern in mehreren Schritten durchzuführen. Er hofft, auf diese Weise den erdrückenden Massenstillstand zu erweichen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt heute morgen zur Erörterung der politischen Lage zusammen.

### Die Nazis kühn handeln weiter

D. Berlin, 5. Dezember. (Fig. Funk.) Hitler, der gestern wieder in Berlin im vornehmsten Luxushotel abgehilgen ist, hat heute wieder die übliche Komödie, alle Reichstagsabgeordneten seiner Partei als seine Leibgarde zu vereidigen und sie zum Gehorsam für seine Befehle „feierlich“ durch einen Schwur zu verpflichten. Diesem Spektakel im Luxushotel Kaiserhof folgt eine feierliche Samstagsfeier — zum Gedenke der Arbeiterpartei. „Dann geht es wieder an die Politik“. Dabei ist selbstverständlich Hitler auch am dem Reichstagspräsidenten und den Nationalsozialisten gegenüber hat, am Sonntag fortgesetzt wurde und aller Voraussicht nach auch heute und morgen noch andauern wird.

### Das Schleicher-Kabinett

Alle Ministerposten besetzt

Künftig wird gemeldet:  
Der Reichspräsident hat am Sonntagabend den Reichsminister General der Infanterie von Schleicher zum Reichskanzler ernannt und ihn bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswehrministers beauftragt. Reichskanzler von Schleicher ist gleichzeitig für die Dauer der Verordnungen vom 20. Juli 1932 (RGBl. I S. 377) zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt worden.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannte der Reichspräsident den bisherigen Reichsminister ohne Geschäftsbereich Dr. Brauns zum Reichsminister des Innern, den Reichspräsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, Geheimen Regierungsrat Dr. Srup, zum Reichsarbeitsminister. Ferner bestellte der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Freiherrn von Neurath in seinem Amte als Reichsminister des Auswärtigen, den Reichsminister Grafen Schwerin von Krosigk als Reichsminister der Finanzen, den Reichsminister Dr. Görtner als Reichsminister der Justiz, den Reichsminister Freiherrn Ely von Hüldebrandt als Reichsminister und Reichsverkehrsminister sowie den Reichsminister Dr. Popitz als Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Außerdem ernannte der Reichspräsident den Präsidenten des Deutschen Landeseigenbesitzes, Landrat Dr. Gercke, zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

Am Sonntag hat der Reichspräsident nachträglich auch die zwei noch zweifelhaften Ernennungen verfügt, und zwar wurden erneut beauftragt der bisherige Wirtschaftsminister Dr. Warnecke und der bisherige Ernährungsminister Freiherr von Braun.

Die Verhandlung zwischen diesen beiden Herren über die künftige Wirtschaftspolitik dürfte nur auf dem Papier stehen. Wie es heißt, soll sie darauf führen, daß im Februar und März 1933 die letzten Handelsverträge, welche Bindungen für die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse enthalten, ablaufen. Offenbar besteht die Absicht, im März nächsten Jahres wieder sozialpolitische Anbahnverhandlungen zur Vorbereitung von Handelsverträgen einzuleiten.

### Baronskabinett Nr. 2

Die Schuld der Hitler-Partei

Das Kabinett Schleicher ist nunmehr komplett. Die zwei neuen Leute, die am Sonntagabend ernannt wurden, machen die Liste nicht besser als die Papensche. Der einzige Mann der neuen Regierung, der als eine Konzeption an die Arbeiterschaft angesehen werden könnte, ist der Reichsarbeitsminister Dr. Srup, der bisherige Präsident der Reichsanstalt. Er kommt aus der Gewerbeaufsicht und wurde mit der Schaffung der Arbeitslosenversicherung Präsident der Reichsanstalt. Man darf ihm nachsagen, daß er sich stets bemüht hat, mit den Gewerkschaften möglichst reibungslos zusammenzuarbeiten. Der andere, Dr. Gercke, jetzt Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, ist deutschnationaler Couleux, ehemaliger Landrat und hinreichend verträglich, inflationistischen Plänen nachzugeben.

Dazu kommt Zwickel-Bracht als Innenminister. Er allein schon bedeutet eine Provokation der sozialistischen Anhänger. Die Papensche Politik gegen die rechtmäßige republikanische Regierung hat er durch die und dünn mitgemacht. Republikanische Beamte flogen, die feudale Blutz- und Bierfamilie mit dem deutschnationalen Parteibuch in der Tasche hatte Konjunktur. Und daß unter Bracht der Zwickel entdeckt wurde, ist noch kein Beweis für staatsmännliche Fähigkeiten. Diesen Zentrumszügling mit dem deutschnationalen Herzen als Innenminister zu ernennt, ist ein Hohn und beweist, daß die vielgerühmte Schleicherische Intelligenz vielleicht Schlauchheit ist, aber keinesfalls Klugheit.

Die kapitalistische Presse verhält sich gegenüber dem Kabinett Schleicher noch immer vorsichtig. Sie hatte seinem Vorgänger Papen zuviel Vorbehalt geäußert. Um so gründlicher ist der Sturz aus allen Illusionen. Diese Presse belang die „autoritäre Regierung“ wieder mal als „Kabinett der Persönlichkeiten“. Das ist ihr vergangen; sie redet jetzt nur vom Kabinett der Persönlichkeiten.

Für die Sozialdemokratie ist die Stellung gegen das Kabinett Nr. 2 von vornherein klar. Es findet auf unserer Seite entschiedene Opposition. Schleicher wird sich bemühen, die Dinge vorsichtiger und geschmeidiger anzufassen, als der Herrscheiter vor ihm. Er wird den Gewerkschaften einige Lohnpolitische Konzessionen machen und auch Arbeitsbeschaffungspläne nachgeben. Aber die Steuer- und sozialpolitischen Reformen zu schaffen, die nötig und unerlässlich sind, wird er sich hüten. Eine eigenwillige schöpferische Persönlichkeit des bürgerlichen Lagers hätte auch in diesen Zeiten, da die bürgerliche Politik völlig bankrott ist, mancherlei Bewegungsfreiheit — Herr von Schleicher wird davon keinen Gebrauch machen. Wir glauben gern, daß er sich die sozialistischen Arbeitermassen nicht verprellen möchte. Als General hat er vor allen Dingen die Wehrhaftigkeit des Volkes, wie er sie versteht, im Auge. Aber Feindschaft zwischen den Volksmassen und dem Wehrführer des Reiches schwächt auch den militärischen Eindruck Deutschlands nach außen. Trotz allen diesen Einsichten, mit denen sich ein moderner General von einem Junker unterscheidet,

## Gemeindewahlen in Thüringen

### Schwache Beteiligung - Nazis als Hauptverlussträger verloren bis über 20 Prozent

M. Weimar, 5. Dezember. (Eigener Funk.) Die Thüringer Gemeindewahlen, die am Sonntag eine bemerkenswerte Störungen ihren Abschluß fanden, fanden unter dem Zeichen einer besonders großen Wahlmüdigkeit, unter der insbesondere die großen Parteien zu leiden hatten. Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten haben fast überall Stimmen eingebüßt.

Im Vergleich zu den Ergebnissen der letzten Reichstagswahl am 6. November haben die Hauptverluste die Nationalsozialisten erlitten. Sie haben trotz dem steigenden Einfluß ihrer prominenten Führer stellenweise Verluste von über 20 Prozent erlitten. Ein Teil dieser Stimmen ist zur bürgerlichen Mitte zurückgewandert. Die Wahlbeteiligung schwankt zwischen 56 und 84 Prozent.

### Wahlergebnisse in den größeren Städten

Die Vergleichszahlen der Ergebnisse beziehen sich auf die Reichstagswahl vom 6. November.  
Weimar. SPD. 8347 (5491), Nationalsozialisten 7122 (11 008), Kommunisten und KP-Opposition 3276 (2014), Deutschnationale

2272 (3768), Bürgerliche Mitte (Staatspartei, Volkstisch) 922 (567), Gotha. SPD. 1227 (1923), Nationalsozialisten 7965 (10 064), Kommunisten 6153 (7473), Deutschnationale 2328 (2845), Deutsche Volkspartei 1519 (1466).
Gera. SPD. 17 148 (18 654), Nationalsozialisten 13 745 (16 576), Kommunisten und KP-O. 7915 (8905).
Ilmenau. SPD. 12 001 (18 004), Nationalsozialisten 7227 (8152), Kommunisten 2553 (2771), Staatspartei 257 (254).
Erfurt. SPD. 3759 (3444), Nationalsozialisten 5690 (8009), Kommunisten 5781 (5397), Deutschnationale 2143 (3415), Bürger- liche Einheitsliste 1007 (1151), Staatspartei 672 (504).
Greiz. SPD. 5844 (6995), Nationalsozialisten 7906 (10 261), Kommunisten und KP-O. 3874 (4257).
Waldau. SPD. 2796 (3478), Nationalsozialisten 4430 (3389), Kommunisten 2084 (2574), Bürgerliche Einheitsliste 2586 (2899).
Sonneberg. SPD. 2750 (2789), Nationalsozialisten 5147 (3661), Kommunisten 2346 (2470), Bürgerliche Nationaler Bund 828 (1140).
Jena. SPD. 7490 (6015), Nationalsozialisten 6459 (9420), Kommunisten und KP-O. 6896 (7443), Deutschnationale 2599 (2605), Staatspartei 2899 (3006), Bürgerliche Einheitsliste 3548 (3287).
Wernitz. SPD. 2258 (2576), Nationalsozialisten 4268 (3222), Kommunisten 2267 (2570), Bürgerliche Einheitsliste 1121 (1406).

### Dr. Srup

Höherer Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, im Reichsarbeitsministerium ernannt worden.